



N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

19. Wahlperiode - 57. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Juni 2019, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 342 a des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Abg. Barbara Ostmeier (CDU)

Vorsitzende

Abg. Tim Brockmann (CDU)

Abg. Hans Hinrich Neve (CDU)

Abg. Dr. Kai Dolgner (SPD)

Abg. Beate Raudies (SPD)

i. V. von Abg. Stefan Weber

Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Jan Marcus Rossa (FDP)

Abg. Jörg Nobis (AfD)

i. V. von Abg. Claus Schaffer

Abg. Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Abg. Jörg Hansen (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Informationszugangsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (IZG-SH)	5
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1436	
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	7
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/1273	
	Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/2443 (neu)	
3.	Extremisten entwaffnen	8
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1316	
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1331	
4. a)	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen	9
	Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1286	
b)	Beauftragter für Menschen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene	9
	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/1327 (neu) - 2. Fassung	
5.	Klare Regeln für Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale	10
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/930	
	Fairer Wettbewerb bei der Vermietung von Ferienunterkünften	10
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/979	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/2442	

6.	a) Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer pauschalen Beihilfe für gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte	11
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/1138	
	b) Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte schaffen	11
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1070	
7.	Uploadfilter verbieten - Verträge mit Verwertungsgesellschaften schließen	12
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1403	
	EU-Urheberrechtsrichtlinie ohne Uploadfilter umsetzen	12
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1477	
8.	Verfassungsschutzbericht 2018	13
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1429	
9.	Entscheidung über die Zulässigkeit der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum	14
	Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 28. Mai 2019 Umdruck 19/2531	
10.	Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrags auf Durchführung eines Volksbegehrens der Volksinitiative zum Schutz des Wassers	15
	Schreiben der Landtagsverwaltung vom 28. Mai 2019 Umdruck 19/2535	
11.	Terminplanung	16
	Umdruck 19/2503	
12.	Verschiedenes	17

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss kommt überein, den in der Einladung ausgewiesenen Punkt 4 - Gesetzentwürfe zur Einführung eines kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, [Drucksache 19/1286](#) und [Drucksache 19/1327](#) (neu) - 2. Fassung - abzusetzen; im Übrigen wird die Tagesordnung gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Informationszugangsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (IZG-SH)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1436](#)

(überwiesen am 17. Mai 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2475, 19/2508, 19/2510, 19/2515, 19/2526, 19/2528, 19/2529](#)

Abg. Peters und Abg. Hansen sprechen sich dafür aus, aufgrund der Vielzahl der kurzfristig eingegangenen Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf die Beratung heute nicht abzuschließen, sondern in einer Sondersitzung am Rande des Juni-Plenums abschließend zu beraten, um dem Landtag eine Beschlussempfehlung vorlegen zu können.

Abg. Harms fragt die Landesregierung, ob es aus ihrer Sicht zwingend erforderlich sei, dass das Gesetzgebungsverfahren bereits im Juni abgeschlossen würde. - Herr Stadelmann, Leiter des Referats „Verfassungsrecht, Normenprüfung, Verwaltungsverfahren, Statistik und Verkündungsblätter“ des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration, antwortet, da es sich um einen Fraktionsgesetzentwurf handele, liege selbstverständlich auch die Hoheit über den zeitlichen Ablauf vollständig beim Landtag. Aus Sicht der Landesregierung gebe es keinen Grund, der eine Verabschiedung des Gesetzes im Juni zwingend erscheinen lasse. - Abg. Harms spricht sich daraufhin dafür aus, dem Landtag zum August-Plenum eine Beschlussempfehlung zukommen zu lassen.

Abg. Dr. Dolgner spricht sich für einen zügigen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mit zweiter Lesung im Juni-Plenum aus; dies liege auch im Interesse der Volksinitiative. Seine Fraktion habe die eingegangenen Stellungnahmen geprüft; insbesondere den vom „Netzwerk Recherche“ vorgelegten Regelungsvorschlag ([Umdruck 19/2510](#)). Nach Rücksprache mit der Vertrauensperson der Volksinitiative, Herrn Dr. Breyer, halte er jedoch den im Gesetzentwurf der Regierungskoalition enthaltenen Formulierungsvorschlag für besser.

Abg. Harms erklärt daraufhin, er könne einem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens vor der parlamentarischen Sommerpause zustimmen, bitte jedoch die Regierungsfractionen, einen etwaigen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf rechtzeitig dem Ausschuss zuzuleiten, um eine Prüfung vor der Abstimmung im Ausschuss zu ermöglichen. - Abg. Hansen und Abg. Peters sichern dies zu.

Der Ausschuss kommt somit überein, die Beratung des Gesetzentwurfs in einer Sondersitzung am Mittwoch, dem 19. Juni 2019, in der Mittagspause der Plenarsitzung abzuschließen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1273](#)

(überwiesen am 6. März 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/2443](#) (neu)

hierzu: [Umdrucke 19/2264](#), [19/2315](#), [19/2375](#), [19/2377](#), [19/2390](#),
[19/2391](#), [19/2404](#), [19/2423](#), [19/2424](#), [19/2425](#),
[19/2426](#), [19/2427](#), [19/2428](#), [19/2431](#), [19/2435](#),
[19/2436](#), [19/2437](#), [19/2448](#), [19/2449](#), [19/2450](#),
[19/2452](#), [19/2456](#), [19/2461](#), [19/2507](#)

Gegen die Stimme der AfD beschließt der Ausschuss die Durchführung einer mündlichen Anhörung. Anzuhörende sind der Geschäftsführung bis zum 21. Juni 2019 anzuzeigen.

3. Extremisten entwaffnen

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1316](#)

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1331](#)

(überwiesen am 6. März 2019)

hierzu: [Umdruck 19/2478](#)

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung unter Einbeziehung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes, [Umdruck 19/2478](#). Die Anzuhörenden sollen der Geschäftsführung bis zum 21. Juni 2019 mitgeteilt werden.

4. a) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1286](#)

b) Beauftragter für Menschen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/1327](#) (neu) - 2. Fassung

(überwiesen am 27. März 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/2367](#) (neu), [19/2432](#), [19/2511](#), [19/2514](#), [19/2525](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

5. Klare Regeln für Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/930](#)

Fairer Wettbewerb bei der Vermietung von Ferienunterkünften

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/979](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/2442](#)

(überwiesen am 26. September 2018 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke](#) [19/1729](#), [19/1778](#), [19/1793](#), [19/1812](#),
[19/1817](#), [19/1819](#), [19/1839](#), [19/1844](#), [19/1845](#),
[19/1850](#), [19/1852](#), [19/1853](#), [19/1856](#), [19/1857](#),
[19/1858](#), [19/1859](#), [19/1861](#), [19/1867](#), [19/1868](#),
[19/1890](#), [19/1891](#), [19/1899](#), [19/2012](#)

Einstimmig schließt sich der Ausschuss im Vorwege dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an.

6. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer pauschalen Beihilfe für gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1138](#)

b) **Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte schaffen**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1070](#)

(überwiesen am 25. Januar 2019 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/1986](#), [19/2017](#), [19/2027](#), [19/2089](#), [19/2094](#),
[19/2095](#), [19/2104](#), [19/2108](#), [19/2118](#), [19/2119](#),
[19/2120](#), [19/2121](#), [19/2128](#), [19/2133](#), [19/2142](#),
[19/2151](#), [19/2156](#), [19/2157](#), [19/2158](#), [19/2171](#),
[19/2172](#), [19/2174](#), [19/2176](#), [19/2177](#), [19/2182](#),
[19/2187](#), [19/2188](#), [19/2208](#), [19/2209](#), [19/2214](#),
[19/2222](#), [19/2278](#)

Einstimmig schließt sich der Ausschuss im Vorwege dem Votum des federführenden Finanzausschusses an.

7. Uploadfilter verbieten - Verträge mit Verwertungsgesellschaften schließen

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1403](#)

EU-Urheberrechtsrichtlinie ohne Uploadfilter umsetzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1477](#)

(überwiesen am 15. Mai 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung; die Anzuhörenden sollen der Geschäftsführung bis zum 21. Juni 2019 angezeigt werden.

8. Verfassungsschutzbericht 2018

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1429](#)

(überwiesen am 17. Mai 2019 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Einstimmig nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 19/1429](#), abschließend zur Kenntnis. Auf Antrag des Abg. Dr. Dolgner kommt der Ausschuss ferner überein, sich nach der parlamentarischen Sommerpause in einer nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzung vom Verfassungsschutz über den Bericht und die aktuelle Lage informieren zu lassen.

9. Entscheidung über die Zulässigkeit der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
vom 28. Mai 2019

[Umdruck 19/2531](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, dem Landtag zu empfehlen, die Zulässigkeit der Volksinitiative festzustellen.

10. Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrags auf Durchführung eines Volksbegehrens der Volksinitiative zum Schutz des Wassers

Schreiben der Landtagsverwaltung vom 28. Mai 2019
[Umdruck 19/2535](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, dem Landtag zu empfehlen, die Zulässigkeit des Antrags auf Durchführung eines Volksbegehrens festzustellen.

11. Terminplanung

[Umdruck 19/2503](#)

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine für das Jahr 2020 ([Umdruck 19/2565](#)).

12. Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, den von Abg. Wagner-Bockey beantragten Bericht der Landesregierung zur Ursachenanalyse zu Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte, [Umdruck 19/2543](#), in der avisierten Sitzung in der Mittagspause der Plenarsitzung am 19. Juni 2019 entgegenzunehmen.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Präsident des Landtags beabsichtigt, in dem Verfahren beim Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht zur kommunalen Verfassungsbeschwerde des Kreises Schleswig-Flensburg (LVerfG 2/19) dem Antrag auf Ruhen des Verfahrens zuzustimmen ([Umdruck 19/2464](#)).

Die Vorsitzende weist auf den Tag der offenen Tür am Sonntag, 16. Juni 2019, hin und wirbt um Beteiligung an zwei Rollenspiel-Sitzungen des Ausschusses.

Schließlich informiert die Ausschussvorsitzende über die anstehende Informationsreise nach Tallinn vom 11. bis 13. Juni 2019.

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 14:45 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier
Vorsitzende

gez. Dr. Sebastian Galka
Geschäfts- und Protokollführer